



## Regierungsratsbeschluss vom 17. November 2020

Staatsbeitrag für das Projekt GGG Kontaktstelle Gastfamilien für Flüchtlinge für die Jahre 2021 bis 2024; Ermächtigung zur Aufnahme von Vertragsverhandlungen

---

P201335

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.
2. Der Regierungsrat genehmigt den Vertrag zwischen dem Kanton Basel-Stadt, vertreten durch das Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt und der GGG Kontaktstelle Gastfamilien für Flüchtlinge betreffend die Ausrichtung einer Finanzhilfe von jährlich maximal Fr. 92'650 (insgesamt maximal Fr. 370'600) in Form eines Kostendachs (85% der Gesamtprojektkosten) für die Jahre 2021 bis 2024.

### Begründung

Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, die Verlängerung des Staatsbeitrags für das Projekt „GGG Kontaktstelle Gastfamilien für Flüchtlinge“ für die Jahre 2021 bis 2024 in unveränderter Höhe zu bewilligen. Die Kontaktstelle prüft Wohnangebote von Privaten und vermittelt passende Angebote in Zusammenarbeit mit der Sozialhilfe an interessierte Flüchtlinge. Das erfolgreiche Projekt leistet einen wichtigen Beitrag zur Integration und zum gesellschaftlichen Zusammenhalt. Es bewährt sich, das zivilgesellschaftliche Engagement als Ergänzung zum staatlichen Versorgungsauftrag und der professionellen Integrationsarbeit einzubeziehen und zu koordinieren. Das Projekt bildet auch eine Massnahme im Umsetzungskonzept der Integrationsagenda im Kanton Basel-Stadt.

